

9. / 4. 1918.

**Der Friedensvertrag mit Rumänien**

scheint zwar den Interessen Oesterreich-Ungarns zu entsprechen, nicht aber den unseren, soweit die wirtschaftlichen Interessen in Frage kommen. Es muß gefordert werden, daß dieser Fehler im letzten Augenblick noch gut gemacht wird. In einer Zuschrift an uns heißt es zutreffend:

Ein Land, welches uns gegenüber solch schwere Schuld auf sich geladen hat und nun derartig wehrlos zu unseren Füßen liegt, darf unter keinen Umständen aus sentimentalen Rücksichten, um eine für uns günstige Stimmung in Rumänien hervorzurufen, um einen Generalpardon von uns davontommen. Solche Milde wird im politischen Leben nie gedankt, sie wird nur als Schwäche gewertet. Die Bulgaren und Oesterreicher erhalten nach Zeitungsnachrichten erhebliche Vorteile. Da Deutschland aber doch die größten militärischen Opfer gebracht hat, ist doch sicher anzunehmen, daß die wirtschaftlichen Fragen in einer für Deutschland ganz besonders günstigen Weise gelöst werden. Geschähe dies nicht, würde die Verantwortung hierfür von denen, welche die Verhandlungen geführt haben, kaum zu tragen sein. Der Vertrag ist bereits paraphiert, in wenigen Tagen soll er unterzeichnet werden. Es ist daher vielleicht höchste Zeit, klarzustellen, ob etwas geschehen ist.

**Wien und Berlin.**

Im Zusammenhang mit den Czerninschen und Clemenceauschen Erklärungen und Gegenerklärungen und den dadurch erweckten Zweifeln, ob die Wiener Diplomatie gegenüber der Berliner auch wirklich stets mit offenen Karten gespielt habe, wird in völlig unverbindlicher Weise durch einzelne Blätter die Belehrung erteilt, daß die deutsche Reichsleitung von Wien aus stets und in jedem Augenblick über die Tatsachen der Verhandlungen sowohl wie über ihren Inhalt auf dem Laufenden gehalten worden sei. — Die Botschaft hört man wohl; allein, wer an solcher Belehrung interessiert ist, sollte sich darüber klar sein, daß die hier aufgetauchten nationalen Gewissensbedenken auf so leichte Weise denn doch nicht zu zerstreuen sein können. Man wird sich schon entschließen müssen, zu versuchen, ob das auch nur dann zu erreichen ist, wenn man sich an interessierter Stelle entschließt, mit stärkerem Ansehen, als ein paar unverbindlichen Zeitungsnotizen zukommt, sich für die gewünschte Besart einzusetzen. Die Art, wie man bis jetzt die Behauptung rechtzeitiger Information Berlins über das Wiener Vorgehen zu begründen sucht, ist jedenfalls das genaue Gegenteil einer solchen Begründung.